

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Roden & Comp., Nr. 1208

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Schriftf. Gebr. Arnhold, Dresden.

Druckpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Anrechnung für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Raumzeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3spaltige Raumzeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorbeschriebenen Tagen. Für Vertriebsleistung 60 Pf.

Nr. 37

Dresden, Montag den 13. Februar 1922

33. Jahrg.

## Sechs peinliche Fragen an Stinnes

Mit seinem Rückzug hinter die „Vertraulichkeit“ der Londoner Besprechungen hat Stinnes kein Glück. Mit Recht weist die Frankf. Ztg. darauf hin, daß diese Vertraulichkeit ihn doch höchstens für die Antworten bindet, die ihm von den Engländern auf seine Vorschläge gegeben werden, nicht aber für die Vorschläge selbst.

Auch den Versuch, die ganze Englandreise als eine Privatangelegenheit zu betrachten, stellt die Frankf. Ztg. richtig:

Es ist kein Privatgespräch, wenn er, der Industriemagnat und Reichstagsabgeordneter, in London über die Zukunft der deutschen Eisenbahn verhandelt, die eben vorläufig noch nicht Privatbesitz des Herrn Stinnes, sondern Eigentum des Reiches ist und die das Reich ihm auch jetzt nicht für ein Einkommen zu verkaufen gedenkt. Herr Stinnes hat in London über Deutschland verhandelt. Und weil er in jüdisch eine gewaltige Macht in Deutschland hat, deshalb hat Deutschland das Recht und die Pflicht, sich darum zu kümmern, was er da verhandelt.

Zunächst werden dann die persönlichen Antworten des Herrn Stinnes in Betracht kommen.

Herr Stinnes bestreitet die Informationsmöglichkeiten eines Londoner Korrespondenten, weil die in Betracht kommenden Londoner Persönlichkeiten ebenso verschwiegen wie er selbst. Also sei die Darstellung made in Germany nicht eines informierten Redigierten. Wir können Herrn Stinnes hiermit mit Bestimmtheit aus dem Kampf widerlegen. Herr Stinnes hat in London über die Zukunft der deutschen Eisenbahn verhandelt. Und weil er in jüdisch eine gewaltige Macht in Deutschland hat, deshalb hat Deutschland das Recht und die Pflicht, sich darum zu kümmern, was er da verhandelt.

der Januarreise legen ihm überdies sichbare Bemerkungen vor. Also, mit der allerdings bequemeren Methode, daß man alles abstreitet und den Zeugen zu discrediten versucht, ist nichts zu erreichen: um so weniger, als aus dem Verlauf der Dinge, wie er in deutschen politischen Kreisen bekannt ist, sich abstrakt einwandfrei und zwingend ergibt, daß die Darstellung meines Londoner Korrespondenten im großen und ganzen zweifellos richtig gewesen sein muß. Einzelheiten mögen unvollständig, mögen mißverständlich sein — dann soll man es sagen. Aber man muß es konkret sagen und mit Tatsachen belegen.

Und nun stellt die Frankf. Ztg. an Herrn Stinnes sechs peinliche Fragen:

1. Hat er in London seinen Plan der Privatisierung der deutschen Eisenbahnen vertreten oder nicht?

2. Hat er in London für diese Eisenbahnprivatisierung durch die Behauptung Stimmung gemacht, daß auf diesem Wege das Eisenbahndespotismus am schnellsten beseitigt werden könnte, oder hat er das nicht getan?

3. Hat er ferner in London für die Privatisierung der deutschen Eisenbahn dadurch zu wirken versucht, daß er dieses Projekt mit seinem andern Plan für die Reorganisation der ost- und südeuropäischen Eisenbahnverträge verknüpfte, und welcher Art war diese Verknüpfung?

4. Hat er endlich seinen Plan gegen die Reichseisenbahn in Verbindung mit dem Reparationsproblem gebracht, indem er auf der Basis der Eisenbahnprivatisierung Vorschläge für die Lösung der Januarfrage machte, und worin bestanden diese Vorschläge?

5. Im ganzen: Ist es richtig oder falsch, daß Herr Stinnes seinen in Deutschland von der großen Mehrheit der öffentlichen Meinung und zweifellos auch der politischen Parteien bereits zurückgewiesenen Plan auf Auslieferung der Reichsbahn an die Privatunternehmung und das Privatkapital dadurch vorwärts zu treiben versucht hat, daß er in London, im Ausland, im Siegerland, Neigung für diesen Plan zu wecken versuchte?

6. Und hält er dies für eine zulässige Betätigung eines deutschen Reichstagsabgeordneten?

Auf die Antworten von Stinnes darf man gespannt sein.

## Rachepolitik

Von D. Schmidt

Als am Sonnabend in später Abendstunde die Debatte über den Eisenbahnerstreik zum Abschluß kommen sollte, lagen nicht weniger als vier Anträge vor, in denen direkt und indirekt, teils weniger und teils mehr scharf, dem Kabinett Wirth das Mißtrauen ausgesprochen wird. Die deutschnationale und Deutsche Volkspartei brachten ihre Anträge ein, weil die Regierung nicht in genügender Ausmaße Rache- oder Strafpolitik gegen die Eisenbahner, die eben wieder in Reich und Glied zur Arbeit angetreten sind, betreiben will. Die Kommunisten und Unabhängigen aber brachten ihre Mißbilligungsanträge ein, weil die Regierung nach ihrer Ansicht eine „hundsfüttliche“ Rachepolitik gegen die Eisenbahner betreibt.

Nein zahnmäßig genommen, bringen diese vier Parteien im Reichsparlament mehr an Stimmen auf, als die Regierungsparteien haben, und der Ausschlag für die Entscheidung liegt, da die Abstimmung hinausgeschoben und erst am nächsten Mittwoch vorgenommen wird, bei der Bayerischen Volkspartei und bei dem knappen Duzend Wilder.

Daß die Anträge eingebracht wurden, war vorauszusetzen, denn die Sprecher der vier regierungsfeindlichen Parteien (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Kommunisten und zur Abwechslung auch wieder einmal die Unabhängigen) überboten sich in der Schärfe der Kritik an der Regierung. Aber es dürfte mit guten Gründen sowohl von der Volkspartei als auch von den Unabhängigen angenommen werden, daß sie es nicht ernst damit meinen, dem Kabinett Wirth das Vertrauen zu entziehen und somit eine Regierungskrise heraufzubekommen.

Die Unabhängigen wissen, daß die Beilegung der Regierung Wirth inner- und außenpolitisch äußerst folgenreich für die arbeitenden Massen und besonders für die Eisenbahner sein muß, und die Deutsche Volkspartei dürfte auch mit recht gemilderten Gefühlen einer Neubildung der Regierung zusehen, die sich auf die deutschnationalen stützen müßte, denn das dürfte ihnen doch klar geworden sein, daß die sozialdemokratische Fraktion keine Regierung stützen würde, die sich etwa annäherte, eine Rachepolitik gegen die Eisenbahnerbetriebe nach den Wünschen der beiden Reichsparteien zu betreiben. Und schließlich muß ihnen auch gegenwärtig sein, daß eine Regierung, die von Bergt und Wehner geführt wird, all die mit Mühe gesponnenen Verbindungsäden zur Entente zerreißen und viel Wasser auf die Mühlen des Rachepolitikers Poincaré treiben müßte.

Darum scheint uns der Mißtrauensantrag auch mehr ein Agitationsprotest und eine Demonstration gegen den derzeitigen Kanzler zu sein, in dem sie ein Hindernis für ihren Eintritt in die Regierung erblicken. Zwar hat der einflussreiche „Föderalminister“ Dr. Scholz, über dessen Fähigkeit und Tüchtigkeit als Bürgermeister und Minister allseitig ein übereinstimmendes Urteil, nämlich Ja, abgegeben wird, zum ganzen Kabinett Wirth wenig Vertrauen. Aber seine bisfingige Kritik galt doch dem verantwortlichen Kanzler, der es mit großem Geschick zuwege brachte, daß der große und folgenreichere Kampf schnell abgebrochen und damit namenloses Unglück von Volk und Land abgewehrt wurde. Der Kanzler soll verbrannt werden und darum trug Scholz, obwohl ausgerechnet er, als er Oberbürgermeister von Charlottenburg war und als solcher ein Stück Verantwortung für die Allgemeineinbeziehung trug, gegen die streikenden Gemeindeglieder von Charlottenburg auch keine Rachepolitik betreiben konnte, ein Holzjochlein zusammen. Wäre unter einem Kanzler der Volkspartei ein so gefährlicher Streik entbrannt, und wäre es diesem Kanzler gelungen, ihn mit den einfachen Mitteln Wirths zu brechen, dann hätte die Volkspartei ihm Wehrend gepöflet. Aber es handelt sich um einen demokratischen Zentrumsmann und darum muß der Ungelegenheit aus den Reihen der Volkspartei antreten, um Dr. Wirth das Vertrauen abzupöfeln.

Es steht ganz außer Zweifel, daß die Mißtrauensanträge der Volkspartei und der Unabhängigen nicht ehrlich gemeint sind. Sie haben sich beide aus erkranktem Agitationsbedürfnis der Ansicht hingegeben, daß alle Mißtrauensanträge gegen die Stimmen der Antrogniteller abgelehnt werden und daß sich der Kanzler mit dem indirekten Vertrauensvotum einer zweifelhaften Mehrheit zufriedengibt. Und sie möchten hoffen, daß sie dann laut in alle Öffentlichkeit hinausrufen können: „Seht diesen Streber und Kleber; er hat nicht die Mehrheit des Reichstages hinter sich, aber er bleibt mitkamt seinem Kabinett am Ruder.“

Aber diesen laubenden Plan durchschaute der Kanzler, er erhob sich nach Schluß der Rednerliste von seinem Sitz, um zu erklären, daß er so nicht weiter die Bürde des Kanzleramtes tragen könne und wolle und daß er daher ein politisches Vertrauensvotum verlangen müsse. Darauf haben die Klugen in der Deutschen Volkspartei, die das Unklare wohl vorausgesehen hatten, die Menage der Unklugen in ihrer Fraktion vorwurfsvoll an und die klauen Löffler steckten die roten Köpfe zusammen, denn außer Rot war nun teuer. Aber nicht minder überraschend wirkte die Erklärung auf die Fraktion der Unabhängigen, denn auch ihnen ist acromärzig, daß eine Mehrheit für das regierende Kabinett nicht sicher ist und daß Reichstagswahlen Bestand und Hoffnungen ihrer Partei org mitnehmen können.

Will es die Volkspartei nicht bei Worten bewenden lassen, dann muß sie jetzt zur Tat schreiten und dem Kabinett Wirth offen das Mißtrauen ausbrechen. Und wollen die Unabhängigen sich im Sinne der scharfen Angriffe ihres Miß-

## Internationale Gewerkschaftskonferenz in Genua

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten am 3. und 4. d. M. in Amsterdam abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß bezüglich der Konferenz von Genua gefaßt:

„In Anbetracht dessen, daß die internationale organisierte Arbeiterklasse die Pflicht hat, ihrer Stimme zur Zeit der Konferenz in Genua Gehör zu verschaffen, wird eine besondere Konferenz durch den Internationalen Gewerkschaftsbund nach dem gleichen Ort und zur gleichen Zeit, wo die offizielle Konferenz stattfinden wird, einberufen werden.“

An dieser Konferenz werden teilnehmen: Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes — d. h. außer dem Bureau je ein Delegierter für jede der 10 Gruppen, aus denen die der Gewerkschaftsinternationale angehörenden Zentralen zusammengesetzt sind —, je ein Delegierter für den Gewerkschaftsbund eines jeden Landes, ferner die Sekretäre der wichtigsten internationalen Fachverbände.“

Des weiteren wurde in der gleichen Sitzung des Gewerkschaftsbureaus die Tagesordnung des allgemeinen Internationalen Gewerkschaftskongresses, der im April in Rom stattfinden wird, wie folgt festgesetzt:

1. Aktiundtag und wirtschaftliche Reaktion.
2. Europas ökonomischer Wiederaufbau.
3. Europas Antimilitarismus und Arbeiterklasse.

## Vorbereitungen für Genua

Die Vorbereitungen für die große Konferenz haben in London und Paris begonnen. In Frankreich werden vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten zwei Ausschüsse eingesetzt. Dem einen der unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Ségour steht, gehören nur Beamte des Außenministeriums an, der andre legt sich aus Vertretern des Finanz- und Handelsministeriums bei der französischen Abteilung des Völkerbundes, ferner aus Vertretern großer Finanz- und Wirtschaftsgesellschaften, der Kreditanstalten und der Kohlengrubenbesitzer zusammen.

Lloyd George und das englische Kabinett sind nach wie vor

gegen jeden Ausschub

der Konferenz. In der Umgebung des englischen Ministerpräsidenten steht man auf dem Standpunkt, daß bei dem Vermittler, das Gleichgewicht der allgemeinen Wirtschaftslage wiederherzustellen, keine Zeit zu verlieren sei und im Gegenteil der für die Eröffnung der Konferenz festgesetzte Zeitpunkt innegehalten werden müsse, wenn nicht Italien selbst eine Verschiebung wünscht.

Rur zu einer vorherigen

### Sachverständigen-Besprechung

hat sich die englische Regierung entschlossen als Zugeständnis an Frankreich. Doch will die englische Regierung diese internationalisierte Sachverständigenkonferenz nach London einberufen, während die französische Regierung Paris als Ort dieser Vorkonferenz wünscht.

### Die Note Poincarés

wird besonders in der englischen Presse fast einstimmig verurteilt. Westminster Gazette sagt:

„Wenn man diese Vorschläge annähme, dann werde man einfach eine Verleumdung des Obersten Rates, der sich vorher über seine Beschlüsse einig geworden sei und auf der Konferenz Deutschland und Ausland seine Bedingungen vorlege, einberufen. Man würde dann gerade das, was man durch die Konferenz von Genua vermeiden wollte, erhalten.“

Und in Amerika ist man überzeugt, daß Frankreich imperialistische Pläne hegt und die Absicht hat, sich endgültig im Rheinland festzusetzen.

Diese Ansicht Amerikas ist wichtig, weil die Frage der alliierten Schulden noch immer wie ein Damokles'scher Schwert über den Häuptern der französischen Staatsmänner hängt.

### Vorkonferenz der Kleinen Entente

Paris, 12. Februar. Der tschecho-slowakische Ministerpräsident Beneš ist heute vormittag hier eingetroffen. Er erklärte einem Vertreter des Antrahastens, er wolle die alliierten Regierungen vor der Konferenz von Genua über die Lage in Mitteleuropa aufklären. Er werde bis Ende dieser Woche in Paris bleiben und dann nach London reisen. Die Staaten der Kleinen Entente hätten schon vor einigen Tagen beschlossen, unter sich eine Vorkonferenz abzuhalten, bevor sie nach Genua gingen. In der Frage der Vertagung der Konferenz werde man, so erklärte Beneš, sich den Ansichten Frankreichs und Englands anschließen.

Die Konferenz der Kleinen Entente verdient besonderes Interesse. Während dieser mitteleuropäische Staatenbund bisher in Fahrwasser Frankreichs segelte, machen sich jetzt Anzeichen bemerkbar, daß man auch dort das Gefährliche und Schädliche der französischen Gewaltspolitik einseht. Weil sie im Gegenzug nicht zu den wirtschaftlichen Wunden und Lebensnotwendigkeiten der Kleinen-Entente-Staaten. Besonders die Tschecho-Slowakei scheint gewillt, eine Politik zu verfolgen, die ihren eigenen Interessen entspricht. Es muß also damit gerechnet werden, daß es zu einem Zerfall der Kleinen Entente oder zu einer Völkerei von Frankreich kommen kann. Damit würde Frankreich den letzten Bundesgenossen verlieren, und Poincaré hätte sein Ziel erreicht: Denn seiner Politik nach, sagt er sich — frei nach Jöben:

Der stärkste Mann der Welt ist derjenige, welcher — allein steht!